

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Heftig Danks)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 26 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 3.

Berlin, Sonnabend, 9. Januar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Beurteilung der „Gelben“. — Sozialpolitische
Bremsen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte
der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerksvereins-
Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Zur Beurteilung der „Gelben“.

Das im „Hilfe“-Verlag erschienene Arbeiter-
Jahrbuch für 1909, dessen Anschaffung auch wir
den Kollegen wiederholt warm empfohlen haben,
enthält unter manchen anderen sehr lehrreichen
Aufsätzen auch eine Arbeit des freisinnigen Reichs-
tagsabgeordneten Franz Bamberg über die gelben
Gewerkschaften. Der Verfasser verurteilt darin die
gelbe Bewegung auf das aller Schärfste, weist nach,
daß die gelben Organisationen das den Arbeitern
gewährte Koalitionsrecht schände preiegeben, den
anderen Arbeiterberufsvereinen in ihren Lohn-
kämpfen in den Rücken fallen und sie zu schädigen
suchen, daß sie deshalb Verräter an der Arbeiter-
sache sind und lediglich die Interessen der Arbeit-
geber vertreten, denen sie ihr Koalitionsrecht ver-
kauft haben.

Dieser Artikel ist vielfach in der Presse be-
sprochen worden, und er hat um so größere Be-
achtung gefunden, als sein Verfasser selbst ein be-
deutender Arbeitgeber und Volksvertreter ist. Das
Urteil, das Herr Bamberg über die gelben Vereine
aller Spielarten dort abgegeben hat, deckt sich
völlig mit demjenigen, das auch die Arbeiterorgani-
sationen und alle einsichtigen Sozialpolitiker sich
darüber gebildet haben. Es ist naturgemäß auf
Widerspruch gestoßen in den Kreisen, die den
Gelben wohlwollend gegenüberstehen. Dazu gehört
auch die „National-Zeitung“, ein nationalliberales
Blatt, das aber, namentlich seitdem es mit der
freikonservativen „Post“, dem ehemaligen Leit-
organ des Freiherrn v. Stumm, zusammen her-
gestellt wird, Anschauungen vertritt, die sich mit
dem Wort „liberal“ nicht in Einklang bringen
lassen. Die genannte Zeitung meint, daß es ver-
einzelt wohl solche Vereine gebe, wie sie Bamberg
geschildert hat. Damit aber dürften die gelben
Gewerkschaften nicht verwechselt werden. Diese
sind Wohlhabende, Unterstützungs- und Spar-
vereine, Werkvereine und Fabrikorganisationen von
Arbeitern, die sich auf rationalen Boden und auf
den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung ge-
stellt haben, ohne aber die Notwendigkeit des Zu-
sammenschlusses der Arbeiter zu verkennen, welcher
im wesentlichen ihre Lage zu verbessern geeignet
ist. Sie wollten nur auf anderem Wege als die
sozialdemokratischen Gewerkschaften die Arbeiter
organisieren. Sie hätten sich in ihren Satzungen
die Möglichkeit, in den Ausnahmefällen einzutreten,
durchaus vorbehalten, aber erst dann, wenn alle Mittel
der Verständigung erschöpft seien usw.

Dieses Urteil zeugt von einer völligen Ver-
kennung der tatsächlichen Verhältnisse. Wer von
der Arbeiterbewegung nichts versteht, der sollte
lieber die Finger davon lassen und nichts schreiben,
was ihn nur lächerlich machen kann. Der aber
man muß annehmen, daß der Verfasser jenes
Artikels in der „National-Zeitung“ seine Aus-
führungen wider besseres Wissen gemacht hat,
gewissermaßen um eine Ehrenrettung der gelben Ver-
eine herbeizuführen. Denn so boshaft sind wir
nicht, um anzunehmen, daß etwa ein Führer der
Gelben selbst den Aufsatz verfaßt hat. Möglich
wäre das schon, denn man hat dem geistigen

Führer der gelben Organisationen, Herrn Lebius,
in letzter Zeit so arg mitgespielt, daß man es ihm
wohl nachfühlen kann, wenn er alle Hebel in Be-
wegung setzen läßt, um zu retten, was noch zu
retten ist.

Seit einigen Wochen schon ist die sozialdemo-
kratische Partei- und Gewerkschaftspresse in der
Lage, Briefe des genannten Herrn zu veröffent-
lichen, die auf die Naturgeschichte jener gelben
Schmarogerpflanzen ein eigenartliches und keines-
wegs günstiges Licht werfen. Jetzt hat sogar die
Leitung des Metallarbeiterverbandes eine Broschüre
veröffentlicht, die annähernd 100 an Unternehmer,
Arbeitgeberverbände und Arbeiter gerichtete Briefe
enthält und das von den Gelben gewonnene Bild
nur noch vervollständigt. Auch in einer Anzahl
von Gewerkschaftsversammlungen hat man sich mit
dieser Angelegenheit beschäftigt und Dinge an das
Licht gefördert, die keineswegs schmeichhaft für
die Führer der gelben Bewegung sind. Auf welche
Weise die „Genossen“ in den Besitz dieses Materials
gelangt sind, soll uns gleichgültig sein. Daß sie
es nach allen Regeln der Kunst auszuschlachten
versuchen, kann man ihnen nicht verdenken ange-
sichts der schweren Verluste, die gerade ihnen die
Gelben beigebracht haben. Es ist auch gut, daß
die Dinge an den Tag gekommen sind. Manchem
Arbeiter werden dadurch vielleicht die Augen ge-
öffnet über die Gemeingefährlichkeit jener wider-
wärtigen Erscheinung auf dem Gebiete der Arbeiter-
bewegung.

Wir verzichten darauf, einzelne dieser Briefe
nachzudrucken, sondern begnügen uns mit der Fest-
stellung, daß gerade die von der „National-Zeitung“
aufgestellten Behauptungen durch die Broschüre
glänzend Lügen gestraft werden. Mit unzwei-
deutiger Schärfe geht aus diesen Briefen hervor,
was den Kennern der Verhältnisse allerdings längst
nichts Neues mehr ist, daß die gelben Vereine
keineswegs von Arbeitern selbst zu ihrem Schutze
gegründet worden sind, sondern von den Unter-
nehmern oder von Beauftragten derselben, lediglich
zu dem Zwecke, die Interessen der Arbeitgeber
wahrzunehmen. Es gibt kaum ein größeres Unter-
nehmen, an das sich Herr Lebius nicht gewandt
hätte mit dem Anerbieten, einen gelben Verein zu
gründen und ihn eventuell selbst aus der Taufe
zu heben. Wenn wirklich einmal Arbeiter selbst
die Gründung derartiger Vereine in die Hand ge-
nommen haben, auch dann ist es stets geschehen
indirekt auf Betreiben der Unternehmer oder der
Meister.

Aus den Briefen geht weiter mit aller Deut-
lichkeit hervor, daß die Unternehmer zum Teil
ganz erhebliche Summen gespendet haben, um die
gelben Vereine und ihr Organ, den „Bund“, zu
halten und zu fördern. Bemerkenswert ist auch,
daß unter den Adressaten sich zahlreiche Leute be-
finden, die in der Arbeiterbewegung als die größten
Scharfmacher bekannt sind. Daß der geistige Leiter
der Bewegung stets darauf bedacht gewesen ist,
auch sein Schäfchen ins trockene zu bringen, sei
nur nebenbei bemerkt.

Jedenfalls zeigt der in der erwähnten Broschüre
veröffentlichte Briefwechsel von neuem wieder, daß
die gelben Organisationen nichts anderes sind, als
Unternehmensschutzgruppen im schlimmsten Sinne des
Wortes. Sie sind die geschworenen Feinde jeder
gesunden Arbeiterbewegung, und ihre ganze Existenz
hat nur den Zweck, den wirklichen Arbeiterorgani-

isationen das Dasein zu erschweren und den Kampf
um bessere Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen.
Wer es wohl meint mit der Arbeiterkraft, der
muß den gelben Vereinen, gleichviel, welche Firma
sie tragen, überall mit der größten Entschiedenheit
entgegentreten, der muß jede Gelegenheit wahr-
nehmen, um diesen gemeingefährlichen Gebilden
den Boden zu entziehen. Was uns anbetrifft, so
haben wir es wahrlich niemals daran fehlen lassen,
jene Arbeiterorganisationen in das richtige Licht zu
rücken, und trotz aller Verleumdungen von Seiten
der „Genossen“ haben draußen im Lande unsere
Kollegen alles aufgeboten, um durch Wort und
Tat den gelben Vereinen die Existenz zu unter-
graben.

Das Bedauerlichste an diesen ganzen Ver-
hältnissen ist zweifellos die Tatsache, daß diese
widerlichste Erscheinung der Arbeiterbewegung über-
haupt es zu einer nennenswerten Bedeutung
bringen konnte. Wir verzichten heute darauf, auf
die Ursachen davon näher einzugehen. Fest steht,
daß auch die ungünstige Konjunktur manchen Arbeiter
dem gelben Lager zugeführt hat. Jetzt, wo es
ohnehin schwer ist, Arbeit zu bekommen, wo in
zahlreichen Betrieben der Antritt der Arbeit ab-
hängig gemacht wird von der Zugehörigkeit zur
gelben Organisation, mag sie nun heißen wie sie
will, da kann man es verstehen, wenn verhältnis-
mäßig zahlreiche Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht
verzichten und zur gelben Fahne übergehen. Wir
sind aber überzeugt, daß, wenn die Konjunktur
wieder besser geworden ist, die Nachfrage nach
Arbeitskräften wieder wächst und die organisierten
Arbeiter in die Lage kommen, die Wunden, die
ihnen die ungünstige Geschäftslage geschlagen hat,
wieder zu heilen, wenn es sich zeigt, daß allein
von den Unternehmern unabhängige Organisationen
in der Lage sind, eine Verbesserung der Arbeits-
bedingungen herbeizuführen, daß dann zahlreiche
Ueberläufer dem gelben Banner wieder den Rücken
wenden und zu den Arbeitskollegen zurückkehren
werden, die in einer wirklich starken Organisation
Rückhalt gesucht und gefunden haben. Voraus-
setzung dabei ist allerdings, daß unablässig für
Aufklärung über das Wesen der gelben Organi-
sationen gesorgt wird. Daran wird es nicht fehlen,
und gerade die letzten Vorkommnisse werden sicher-
lich ihr Teil mit dazu beitragen, daß mancher
Leichtgläubige über die wahre Bedeutung der
Gelben belehrt wird und sich von ihnen wieder
losgesagt.

Sozialpolitische Bremsen.

Wer beim Jahreswechsel den letzten Rückblick
auf das vergangene Jahr in den Arbeiterblättern und
auch in den Zeitschriften, die sich mit Sozialpolitik
beschäftigen, verfolgt hat, der konnte die Beobachtung
machen, daß überall mit der Klage geklagt wurde über
den fast täglich in Stillstand unterer Sozialpolitik.
Nur wenig Früchte hat das abgelaufene Jahr ge-
erndet, und auch wenn man seinen Blick weiter nach
rückwärts wendet, wird man wenig sozialpolitische
Fortritte wahrnehmen können. Diesemfalls kann
von einem Automobiltreppchen in der Sozialreform keine
Rede mehr sein. Wer das behauptet, spricht entwe-
der gegen seine eigene Ueberzeugung oder aber sich auf
dem Standpunkt der Scharfmacher, die schon seit
Jahren gegen das Uebermaß sozialpolitischer Maß-
nahmen sich beschweren.

So hat vor kurzem die Hauptstelle deutscher Ar-
beitgeberverbände auf ihrer Vertreterversammlung
Erklärung genommen gegen die Art, wie jetzt Sozial-

politik getrieben wird und beschloffen, eine Protestkundgebung dagegen zu veranstalten. Abgesehen von einigen ganz reaktionären Blättern hat diese Absicht in der deutschen Presse vielfach Verurteilung gefunden. Um so mehr muß man sich wundern, daß die in diesem Beschlusse zum Ausdruck kommende Anschauung jetzt eine Etappe erhält in dem Jahresbericht der Handelskammer zu Hamburg, der an unserer Sozialpolitik aber auch nicht ein gutes Härchen läßt und dafür die Bemühtung hat, von Blättern wie „Kreuzzeitung“ und „Schlesische Zeitung“ in übertriebenem Maße gelobt zu werden. Es ist der alte, unverfälschte Manchesterstandpunkt, der darin vertreten wird, daß der Staat nur ja nicht eingreift in die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern. In den allgemeinen Betrachtungen dieses Berichts heißt es zunächst:

„Auf dem Gebiete der Sozialpolitik befindet sich eine große Zahl gesetzgeberischer Vorlagen in Bearbeitung seitens der Behörden und parlamentarischen Körperschaften, welche das deutsche Wirtschaftsleben mit neuen Maßnahmen bedrohen, die dazu angetan sind, teils der freien Bewegung in allen Produktionsverhältnissen weitere Schranken zu ziehen, teils der gesamten Produktion neue soziale Lasten aufzuerlegen. Letztere müssen um so bedenklicher erscheinen, als schon heute die mögliche finanzielle Lage des Reiches zu einem guten Teile durch Ausgaben für soziale Fürsorge hervorgerufen ist, während die Produktion und die staatlichen Betriebe im Auslande von ähnlichen sozialpolitischen Lasten bisher verschont geblieben sind. Bedenklich durch die Lehren sozialreformerischer Theoretiker, die dem praktischen Wirtschaftslieben fremd gegenüberstehen, und dem Drängen der der Rückwärtsnahme auf ihre Wähler dieses unterliegenden Parteien folgend, wird von den Reichsbehörden zuerst mit neuen sozialpolitischen Gesetzesvorschlügen in einem Umfang vorgegangen, der für die Weiterentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu weitgehenden Besorgnissen Anlaß geben muß. Daß bei sozialpolitischen Maßnahmen nicht lediglich das Interesse der wirtschaftlich Schwachen maßgebend sein kann, sondern die Leistungsfähigkeit der Unternehmer und das Interesse des Wirtschaftsorgans in gebührender Weise mit in Berücksichtigung gezogen werden muß, wird gänzlich vergessen; daß nur eine in ihrer freien Entwicklung nicht behinderte und im Wettbewerb mit der ausländischen Produktion konkurrenzfähige einheimische Produktion leistungsfähig sowohl für allgemeine wie sozialpolitische Lasten bleibt, wird unberücksichtigt gelassen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlichen Rückganges muß vor Ueberbitterung sozialpolitischer Maßnahmen, die das gesamte Wirtschaftsleben mit weiteren Aufwendungen belasten und nur zur Verschlechterung der Lage beitragen können, dringen und gewarnt werden. Hierbei kommen nicht nur die zu leistenden Ausgaben in Betracht; von nicht minder großer Bedeutung ist es, daß die leitenden Männer unseres Wirtschaftslebens durch einen übermäßigen Zwang zu beratender Tätigkeit in sozialpolitischen Angelegenheiten ihrer werdenden Arbeit soviel Zeit entzogen müssen, daß sie im Wettbewerb gegenüber dem Ausland immer schwerer beeinträchtigt werden. Schließlich darf aber auch das psychologische Moment nicht unterschätzt werden, daß bei andauernder Steigerung der sozialpolitischen Beschränkungen und Kontrollen gerade den begabtesten Männern, und zwar nicht nur aus den Kreisen der Arbeitgeber, sondern auch aus denjenigen der leitenden Beamten und Angestellten, welche die Ausführung der von der sozialen Gesetzgebung vorgeschriebenen Bestimmungen überwachen sollen, mit der Arbeitsfreiheit auch die Arbeitsfreudigkeit genommen wird.“

Es verlohnt sich nicht, diese Ausführungen im einzelnen zu widerlegen. Wie lächerlich klingt nicht die Behauptung, daß die mögliche finanzielle Lage des Reiches zum guten Teile durch die Ausgaben für soziale Fürsorge hervorgerufen sei! Als ob nicht die zu diesem Zwecke aufgewandten Mittel nur einen geringen Bruchteil dessen ausmachen, was jedes Jahr für Meer und Marine ausgegeben wird. Dann die Behauptung, daß das Deutsche Reich seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einbüßen! So lange es eine soziale Gesetzgebung in Deutschland gibt, werden diese Klagen erhoben. Das hat aber nicht gehindert, daß sich inzwischen der Wert unserer Einfuhr beinahe verdreifacht und der Wert der Ausfuhr mehr als verdoppelt hat. Unter solchen Umständen sollte man doch endlich mit den alternativen Redensarten aufhören, daß unter der sozialen Gesetzgebung unsere Konkurrenzfähigkeit leiden könnte. Auch über das notwendige Maß sozialpolitischer Fürsorge zu streiten, hätte keinen Zweck. Wir wissen uns mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft einig, wenn wir fordern, daß auf sozialpolitischem Gebiete noch ungeheuer viel mehr geleistet wird. Wir wünschen dringend, daß so schnell wie möglich ein allerdings abgeändertes Arbeitskammergesetz geschaffen wird, daß die Gewerbeordnungsnovelle die den Heimarbeiterkassen bezweckt, so schnell wie möglich zur Verabschiedung gelangt, daß die Vereinlichung der Arbeiterversicherung endlich durchgeführt wird, daß man eine zureichende Witwen- und Waisenersorgung schafft, den Tarifverträgen eine gesetzliche Grundlage gewährt, das Koalitionsrecht der Arbeiter sichert und ausbaut und vieles andere. Was man uns darüberhinaus ansetzen oder begehrt nennen, das soll uns

gleich sein. Diese Forderungen aber sind das Mindestmaß dessen, was in aller nächster Zeit für die Arbeiter durchzuführen werden muß.

Wie aber denkt die Hamburger Handelskammer darüber? Von Arbeitsskammern will sie nichts wissen. Die geplanten Abänderungen der Gewerbeordnung lehnt sie einfach ab. Die Förderung des Tarifvertragswesens durch gesetzliche Regelung wird zurückgewiesen. Nicht einmal von der Witwen- und Waisenersorgung will man etwas wissen; vielmehr wird der Wunsch geäußert, daß unter dem Druck der finanziellen Notlage im Reich die Bestimmungen des Zolltarifgesetzes abgeändert werden mögen. Ihren besonderen Groll läßt die Handelskammer am Hamburger Kaufmannsgericht aus, das im vergangenen Oktober den Beschluß fasste, eine Änderung des § 153 der Gewerbeordnung dahin anzugehen, daß unterlagt werde, Angestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zu einzelnen Berufsvereinen auf die schwarze Liste zu bringen oder sie von der Erlangung neuer Stellen zu hindern. In diesen Bestrebungen erblickt die Kammer eine Vereinträchtigung in der freien Verfügung der Unternehmer über die Auswahl ihrer Angestellten.

Es genügt diese Tatsachen anzuführen, um zu beweisen, welche scharfmacherischen Anschauungen in der Handelskammer herrschen. Selbstverständlich wird auch die Gelegenheit benützt, dem Kaufmannsgericht überhaupt eins auszumischen. Die Interessenten werden aufgefordert, nur solche Bewerber aus dem Kaufmannsstande zu wählen, die Gewähr für eine energische Abweisung der Anforderungen der Angestellten bieten.

Während alle sozialpolitischen Maßnahmen der Hamburger Handelskammer ein Greuel sind, spricht sie sich für eine stärkere Besteuerung des Bieres, des Branntweins und des Tabaks aus, wenn sie sich auch mit der Art der von der Regierung vorgeschlagenen Steuern nicht einverstanden erklärt. Also nur keine sozialen Fortschritte für die Arbeiter, wohl aber eine stärkere Belastung! Man sollte es kaum für möglich halten, daß eine so bedeutende Handelskammer wie die Hamburger derartigen Anschauungen huldigen kann. Erfreulicherweise kann konstatiert werden, daß in diesen Tagen dieser Bericht von einigen Kaufleuten in der Tagesversammlung „Eines ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg“ eine überaus scharfe Kritik erfährt. Damit aber wird an der Tatsache nichts geändert, daß die Handelskammer selbst diesen Bericht der Öffentlichkeit übergeben hat. Es ist überaus bezeichnend für den Geist der Zeit, wie von allen Seiten die Regierung bestärkt wird, die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine endlich stillstellen zu lassen. Wir können es uns nicht denken, daß diese Mahnungen Gehör finden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zu weiteren sozialen Reformen. Ein Stillstand wäre gerade auf diesem Gebiete gleichbedeutend mit Rückschritt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. Januar 1909.

Gegen die höhere Besteuerung des Tabaks richtet sich ein Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands, der am 18. Januar in Berlin stattfindet. Derselbe wird veranstaltet von der Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands. Von unserer Seite nehmen als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine der Kollege Goldschmidt und für den Gewerksverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter die Kollegen Hoff und Stephan-Hedelberg an den Verhandlungen teil. Ist auch die Gefahr einer Zigarrenbanderolesteuer in größere Ferne gerückt, so steht doch fest, daß die Regierung eine höhere Besteuerung des Tabaks in irgend einer Form durchzuführen gewillt ist. Im Interesse der Tabakindustrie und namentlich der in ihr beschäftigten Arbeiter ist es notwendig, daß gegen derartige Steuerpläne energigehaltener Protest erhoben wird, weshalb wir auch von Herzen wünschen, daß die Stimme dieses Kongresses nicht ungehört verhallen möge.

Arbeiter als Schöffen und Geschworene. Die von unserm Ortsverbanden an die zuständigen Behörden gerichteten Anträge auf Auslosung von Schöffen und Geschworenen aus dem Arbeiterstande haben ein erfreuliches Resultat gezeitigt. Aus allen Ecken Deutschlands gehen uns täglich Mitteilungen zu, daß Gewerksvereinskollegen zu jenen wichtigen Ämtern berufen worden sind. Wir bitten auch für die Zukunft dringend darum, uns von diesen Vorkommnissen Mitteilung zu machen, da darüber eine Statistik geführt wird, über deren Ergebnis zu geeigneter Zeit auch Mitteilung gemacht wird. Von einer Veröffentlichung der Namen im einzelnen im „Gewerksverein“ muß natürlich Abstand genommen werden. Wir bitten die Kollegen, davon Notiz zu nehmen und vor allen Dingen nicht zu verläumen, uns sofort Kenntnis zu geben, wenn Gewerksvereinskollegen zum Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden.

Am 30. Dezember entschlief in Charlottenburg nach langem, schwerem Leiden der Ehren-Voritzende, Mitbegründer und langjährige Vorsitzende des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Charlottenburg, Herr Stadtrat a. D.

Rudolf Jaal

im 78. Lebensjahr.

Er ist stets ein treuer und opferwilliger Freund unserer Gewerksvereinsarbeit gewesen, so daß ihm ein unvergängliches Andenken gesichert bleibt.

Eine Heimarbeiter-Ausstellung für das gesamte Wirtschaftsgebiet Sachsens wird von der sächsischen Regierung geplant. Sie hat sich deshalb zunächst mit den Gewerkskammern ins Einvernehmen gesetzt und sie um ihre Meinung befragt. Auf ihrer jüngst in Zwickau abgehaltenen Tagung haben diese beschlossen, sich in Zustimmung dem Sinne zu äußern und als Ausstellungsort die Städte Chemnitz oder Dresden vorgeschlagen. Insbesondere soll die sächsische Spielwarenindustrie zur Berücksichtigung bei der Ausstellung empfohlen werden.

Wenn man bedenkt, daß erst kürzlich eine Anzahl von bedeutenden sächsischen Handelskammern sich gegen die Veranstaltung einer Heimarbeiter-Ausstellung ausgesprochen hat, kann man die Absicht der sächsischen Regierung nur mit Anerkennung begrüßen. Hoffentlich wird der Plan nicht in einseitiger Weise zur Durchführung gebracht, sondern man verläumt es nicht, auch vorher sich an die Arbeiterorganisationen zu wenden und sie zur Mitwirkung an der Ausstellung heranzuziehen.

Arbeiterbewegung. In Königsberg i. Pr. droht es zu einem Kampf im Tapeziergewerbe zu kommen, da die Meister den Tarif gekündigt haben, ohne ihre Bereitwilligkeit zu weiteren Tarifverhandlungen zu erkennen zu geben. Die Arbeiter beklagten, daß die Meister die Kassa sich zunutze machen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeiführen beabsichtigen. — Der Streik der Buchbinder in Aachen dauert ununterbrochen fort; drei Viertel aller Arbeiter sind daran beteiligt. Die Unternehmer wollen auf keinen Fall mehr nach dem Tarif, sondern lediglich, wie sie sagen, nach Leistung bezahlen. — In Straßburg i. E. hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zum 1. April den Tarif gekündigt und beabsichtigt einen neuen auszuschießen, der nur bis zum 31. März 1910 gilt, damit er gleichzeitig mit den übrigen im deutschen Baugewerbe abgeschlossenen Verträgen abläuft.

Wegen Ablehnung einer kleinen Lohnerböschung haben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa 12000 Glasarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer haben es abgelehnt, irgend welche Zugeständnisse zu machen.

Soch die Grundhaftigkeit! Der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnberg hatte den Gewerbegerichtsbeisitzern in Jherlohn einen Antrag auf Einführung des Verhältniswahlsystems bei den kommenden Gewerbegerichtswahlen zur Begutachtung vorgelegt. Ueber die Stellungnahme der Gewerbegerichtsbeisitzer zu diesem Antrag äußert sich die sozialdemokratische „Volks-Zig.“ folgendermaßen:

„Die Gewerbegerichtsbeisitzer lehnten nach eingehender Erörterung die Einführung der Verhältniswahl ab, erklärten sich jedoch für eine allgemeine gesetzliche Einführung der Verhältniswahl. Die letzte Erklärung wurde einstimmig abgegeben.“

Die Erklärung für eine allgemeine gesetzliche Einführung der Verhältniswahl ist absolut nichtssagend; denn von einer solchen kann vorläufig nicht die Rede sein, solange nicht eine Reform des Gewerbegerichtsgesetzes selbst auf reichsgesetzlichem Wege vorgenommen wird. Anders aber liegt es mit der Einführung des Verhältniswahlsystems in Jherlohn selbst. Die wäre möglich gewesen, wenn die Gewerbegerichtsbeisitzer sich dafür ausgesprochen hätten. Bezeichnend ist nun, daß sämtliche Arbeitergewerbebeisitzer am Jherlohrer Gewerbegericht waschichte „Genossen“ sind, die sicherlich die größte moralische Entrüstung an den Tag gelegt hätten, wenn andersdenkende Gewerbegerichtsbeisitzer die Einführung des Verhältniswahlsystems abgelehnt hätten. Ihre Stellung ist nur umso unverständlicher, als sie programmäßig für die Einführung des Verhältniswahlsystems einzutreten hätten.

Ueber die Vertragsstreue der Arbeiter halten sich von Zeit zu Zeit die Scharfmacherorgane auf. Um den Wert von Tarifverträgen möglichst herabzusetzen, wird da immer wieder behauptet, daß die Arbeiter die abgeschlossenen Tarife sehr oft nicht innehalten. Daß in mindestens ebenso zahlreichen Fällen die

Arbeitgeber gegen die Tarifstreue verstoßen haben, davon natürlich lassen jene Blätter nichts verlaufen. Die es in Wirklichkeit in dieser Beziehung aussieht, kann man daraus erkennen, daß der im deutschen Folgebetriebe im vergangenen Jahre gefällte Schiedsspruch, der von den Organisationen der Arbeitgeber sowohl als auch der Arbeitnehmer anerkannt worden ist, in verschiedenen großen Städten nicht zur Durchführung gebracht werden konnte, weil hier die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnten oder aber aus dem Arbeitgeber-Klubverband austraten, als sie die Abmachungen übernehmen sollten. Angesichts solcher Vorkommnisse sollte man sich auf Schlichtungswege doch hüten, immer von der Ungewissheit der Arbeiter zu sprechen. Ehe man auf den Splitter im Auge des Nächsten zeigt, sollte man sich um den Balken im eigenen beknümmern.

Ein trübes Bild unserer Wirtschaftslage liefert aus der soeben erschienenen vorläufige Bericht der Handelskammer zu Kiel. Da heißt es u. a.:

„Die in kaum einem der vorhergehenden Jahre legte sich 1908 ein Druck auf das ganze wirtschaftliche Leben nicht nur Deutschlands, sondern auch vieler anderer Länder. In den meisten großen Industriezweigen trat ein Stillstand oder ein Rückgang des Absatzes ein, der eine Einschränkung der Produktion hervorriefen mußte. Arbeiterentlassungen sind die Folge hiervon gewesen, so daß im gesamten Wirtschaftskreis der Schluß des Jahres fast recht ungünstig darstellbar.“

Was hier berichtet wird, ist nichts Neues, sondern bestätigt nur die Erfahrungen, die auch in den übrigen Handelskammerberichten zum Ausdruck gebracht worden sind. Interessant am dem Kieler Bericht ist aber besonders die Beurteilung, die den neuen Steuerentwürfen gewidmet wird, von denen behauptet wird, daß sie zum Teil eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen haben. Namentlich die geplante Brausteuer wird einer überaus scharfen Kritik unterworfen. Sie werde nicht nur eine neue schwere Belastung der Brauereien zur Folge haben, sondern, da man versuchen werde, sie wenigstens zum Teil auf die Verbraucher abzuwälzen, einen Konsumrückgang zeitigen.

Was hier von der Brausteuer gesagt wird, gilt zum mindesten auch für die Tabaksteuer in jeder Form. Deshalb wäre es wirklich dringend zu wünschen, daß derartige sachverständige Meinungen nicht ohne Eindruck bleiben.

Ueber die Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft hat der deutsche Landwirtschaftsrat eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis jetzt veröffentlicht wird. Danach hat sich im abgelaufenen Jahre der immer noch vorhandene Mangel an Arbeitskräften im allgemeinen weniger fühlbar gemacht, eine Erscheinung, die zum Teil mit der geringeren Beschäftigung verschiedener Industriezweige in Zusammenhang gebracht wird. Die schwächere Nachfrage nach industriellen Arbeitern habe die Abwanderung nach den Städten etwas verlangsamt. Immerhin fehle es an guten Arbeitern, für welche die minderwertigen Saisonarbeiter keinen entsprechenden Ersatz bieten. Vielfach wird die Ansicht geäußert, daß Verluste bei der Pflichterfüllung bei arbeitskräftigerem Arbeitermaterial wohl hätten vermieden werden können. Ueber den Wert der seit kurzem für fremde Arbeiter eingeführten Legitimationskarten sind die Ansichten noch geteilt, doch scheint sich die neue Einrichtung, wie aus der Mehrzahl der eingelaufenen Berichte hervorgeht, im allgemeinen zu bewähren. Wenigstens hätten die früher so häufigen Klagen über Kontraktbruch merklich nachgelassen. Ein abschließendes Urteil aber, so heißt es in dem Bericht, lassen die bisherigen Erfahrungen nicht zu, denn wie mehrfach mitgeteilt wird, haben Arbeiter, die ihre Stellung verlassen hatten, sich unter Vorweisung falscher Ausweispapiere oder von Invalidenkarten neue Legitimationskarten beschaffen, verschiedentlich aber auch ohne diese anderweit Arbeit gefunden, so daß der Wunsch nach einer strengeren Kontrolle laut wird.

Damit ist das eingetroffen, was bei der Einführung der sog. Legitimationskarten von Kennern der Verhältnisse vorausgesagt worden ist.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Dem Reichstage sind soeben die Rechnungsgegenstände der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1907 zugegangen. Es wird sich Gelegenheit finden, darauf noch näher einzugehen. Für heute seien nur einige besonders bemerkenswerte Zahlen angeführt. Im ganzen wurden im Jahre 1907 in den der Unfallgesetzgebung unterstehenden Betrieben 662 901 Unfälle zur Meldung gebracht. Von diesen Unfällen verliefen 9815 tödlich; 134 888 Verunglückte hatten länger als 13 Wochen mit der Heilung zu tun, und nicht weniger als 61 449 Verletzte hatten eine dauernde Beschädigung ihrer Erwerbsfähigkeit oder volle Erwerbsunfähigkeit zu beklagen. Gegen das Jahr 1906 bedeuten die genannten Zahlen eine nicht unerhebliche Zunahme. Damals kamen nämlich nur 645 583 Unfälle zur Meldung, darunter 9141 tödliche und 130 585 Unfälle, deren Folgen sich

auf eine längere Zeit als 13 Wochen erstreckten. In jeder Beziehung also hat das Jahr 1907 eine Zunahme zu verzeichnen.

Die Reichspost als Arbeitgeber. Das Gesamtpersonal der Reichspost beläuft sich einschließlich Bayerns und Württembergs, die sich bekanntlich noch gewisse Reservatrechte gesichert haben, auf 312 708 Köpfe. Bringt man Bayern und Württemberg in Abzug, die in der soeben erschienenen amtlichen „Statistik der Deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1907“ nicht mit berücksichtigt sind, so ermäßigt sich das Gesamtpersonal auf 277 116 Köpfe. Davon sind 111 751 Beamte, darunter 17 826 weibliche, von denen die übergroße Mehrzahl im Telegraphen- und vor allem im Fernsprechdienst Verwendung fand, 117 831 Unterbeamte, 43 148 nicht im Beamtenverhältnis stehende Personen, 898 Posthalter und 3488 Postkassen. Für diese bei der Reichspost beschäftigten Personen wurde weit über die Hälfte der Gesamteinnahme der Reichspost- und Telegraphenverwaltung an Gehältern, Löhnen und Beihilfen verwendet. Die Gesamteinnahmen der Verwaltung beliefen sich im Jahre 1907 nämlich auf 597 165 056 Mk. Die Ausgaben für Belohnungen und Vergütungen der Beamten betragen 443 713 217 Mk., desgleichen für die Unterbeamten und für die Hilfsleistungen 103 019 781 Mk., desgleichen für die Unterbeamten, Boten und Ausreißer im Landbestelldienste 200 493 312 Mk., für Wohnungsgelddzuschüsse 37 044 671 Mk., für Stellen- und Teuerungszulagen 3 268 579 Mk. und für außerordentliche einmalige Beihilfen an Beamte und Unterbeamte 18 512 428 Mk. Es machen diese Summen einen Gesamtbetrag von 825 607 988 Mk.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Saarau und Umgebung. Der hiesige Ortsverband erledigte seine Angelegenheiten in 2 kombinierten, 4 Ausschüßsitzungen und 4 Hauptversammlungen, welche leider nur mäßig besucht waren. Trotz der großen Bemühungen des Verbandsvorstandes, besonders des Vorsitzenden, der sich für den Verband aufgeopfert hat, ist es nicht gelungen, den Ortsverband zu vergrößern. Die Beschäftigung in unserem Industrieort war eine gute zu nennen; doch stehen die Lohnverhältnisse zu den notwendigen Ausgaben in keinem Verhältnis. Die mangelfhafte Organisation trägt daran die Hauptschuld. Denn der Industrieort Saarau beschäftigt gegen 1500 Arbeiter, und der Ortsverband zählt kaum 120 Mitglieder. Im Monat März beteiligte sich der Ortsverband an der Bezirkskonferenz in Ettegau und am 30. Juli an der 25-jährigen Jubelfeier der Eisbahn in Schw. Idar. Am 8. November entsandte der Ortsverband einen Vertreter zu der Konferenz nach Breslau. Am 22. November fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Murraschburg referierte. In dieser Versammlung war auch ein Vertreter der „freien“ Gewerkschaften erschienen, mußte aber die Tür räumen, da er sich von unsern Referenten eine lächerliche Antwort geholt hätte. An Lohnbewegungen und Streiks war der Ortsverband nicht beteiligt. Von durchreisenden Kollegen hatte nur einer die Unterstützung in Anspruch genommen.

Wir treten in das neue Jahr ein in der Hoffnung, daß der neue Ausschuß auch seine Schuldigkeit tun wird und daß vor allen Dingen auch die Mitglieder mehr als bisher Interesse zeigen. **Lois Ritsche.**

Ortsverband Greifswald. Unsere geschäftlichen Angelegenheiten wurden in sechs Vorstand-, 4 ordentlichen und 2 außerordentlichen Ausschüßsitzungen, 4 Verbandversammlungen erledigt. Gleich zu Anfang des Jahres nahmen die Kommunalwahlen das allgemeine Interesse lebhaft in Anspruch. Es gelang auch, zwei in der hiesigen Eisenbahn-Dampfwerkstatt beschäftigte Arbeiter in das Statutarparlament zu bringen. Zur Pflege der Selbsttätigkeit wurden ein Unterhaltungsabend und am Himmelfahrtstage ein Füllmarck für Herren arrangiert. In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung referierte Kollege Kellen in Berlin über das Thema: „Welche Aufgaben hat die Arbeiterchaft zu erfüllen?“ Um die Beteiligung an der Rechtsprechung des Gewerbegerichts zu ermöglichen, wurde vom Ortsverband bei der Stadtverwaltung der Antrag auf Einführung der Verhältniswahl gestellt, der auch von der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurde. Dagegen entwarf der Vorstand der Ortsverbandes eine kostlose Ruhe hinsichtlich der Einführung der Verhältniswahl zu den Vertreterwahlen zur Generalversammlung, obgleich wir schon zwei Einreden gemacht haben. Wir werden aber trotzdem nicht nachlassen, bis wir zum Ziele gelangt sind. Auch betreffs Ausführung von Notstandsarbeiten stellte der Ortsverband an den Magistrat einen Antrag, der aber noch nicht erledigt ist. Zum Andenken an das 40-jährige Bestehen der Gewerkschaften veranstaltete Ortsverband Anklam eine arößere Fete, an der sich unsere Verbandeskollegen zahlreich beteiligten. Auch fand wieder eine Welpnachtsbesprechung für 118 Kinder statt.

Im abgelaufenen Jahre kein großer äußerlicher Fortschritt gemacht worden, so treten große Aufgaben an die Verbandskollegen im neuen Jahre heran, wie in erster Linie die Wahlen zum Gewerbegericht, welche die Anspannung aller unserer Kräfte erfordern. Mühen doch die Kollegen durch zahlreichem Besuch der Ortsverbandesversammlungen zeigen, daß sie den Willen haben, mitzuarbeiten, um die Arbeiterchaft zur Selbsttätigkeit und Gleichberechtigung mit allen anderen Klassen auf dem Wege der gesetzlichen Reform emporzuheben! **Max Groß, Schriftführer.**

Gewerksvereins-Teil.

§ Berlin. Zwei wichtige Fragen, der Entwurf betreffend das Arbeitskammergesetz und die Zurücknahme des Geheimvertrages seitens des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, haben den Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin veranlaßt, zum 5. Januar eine öffentliche Handlungsgesellen-Versammlung einzuberufen, in welcher die Kollegen Borchardt und Grunthal referierten. Im Hinblick an die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vorträge wurden folgende zwei Resolutionen angenommen:

I. Entschließung, betreffend den Entwurf des Arbeitskammer-Gesetzes.

Die vom Verein der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation für Handlungsgesellen und -Schiffmannen, einberufen und in Berlin am 5. Januar 1909 tagende öffentliche Handlungsgesellen-Versammlung tritt den hohen Reichstag, dem Entwurf eines Arbeitskammer-Gesetzes vom 25. November 1908 die Zustimmung nur unter der Bedingung folgender Abänderungsvorschläge zu geben: 1. Im Sinne des Gesetzes sollen die Unternehmer von Handelsgeschäften als Arbeitgeber und die in den Handelsgeschäften beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter als Arbeitnehmer (§ 7) 2. Außer der Erledigung der ihnen in den §§ 3-6 zugewiesenen Aufgaben haben die Arbeitskammer noch folgende Tätigkeit auszuüben: a) Mitwirkung bei Abschlüssen von Tarifverträgen und Festsetzung von Mindestgehältern; b) Berufshilfe und Durchführung der Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer ausbühend, daß die Polizeibehörden gehalten sind, als ausführende Organe den Anweisungen der Arbeitskammer Folge zu leisten; c) außerdem sollen die Arbeitskammer berechtigt sein, aus eigener Initiative Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der von ihnen vertretenen Gewerbezweige zu veranstalten. 3. Die Aufgaben der Arbeitskammer sind nicht auszudehnen auf die Mitwirkung bei Wohnbaubestimmungen für die Arbeitnehmer, 4. B. Arbeitsnachweise, Nachauskunftstellen, Verschickungssachen für Stellenlosigkeit usw. 4. Das Wahlberechtigungsalter ist auf das 21., das Wahlbarkeitsalter auf das 25. Jahr herabzusetzen. 5. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammer erwachsenden Kosten sind nicht von den Gemeinden bzw. den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern vom Reich zu tragen“.

II. Entschließung, betr. die Zurücknahme des Geheimvertrages seitens des Verbandes bayerischer Metallindustrieller.

„Die am 5. Januar stattfindende, von Handlungsgesellen und -Schiffmannen zahlreich besuchte öffentliche Versammlung spricht ihre volle Befriedigung darüber aus, daß der Verein der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation der Handlungsgesellen und -Schiffmannen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den ihm vom Verband bayerischer Metallindustrieller aufgezwungenen Kampf so geführt hat, daß derselbe gesungun worden ist, und im Juni 1908 herausgehenden Geheimvertrages, der das Koalitionsrecht der kaufmännischen und technischen Angestellten beschränken sollte, aufzuheben. Die Versammlung erkennt an, daß lediglich eine auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaute Organisation die Mittel in der Hand hat, die notwendig sind, um eine Besserung der Lage der kaufmännischen Angestellten herbeizuführen, und fordert daher alle nichtorganisierten Handlungsgesellen und -Schiffmannen auf, sich nach gewerkschaftlichen Grundfragen im Verein der Deutschen Kaufleute zusammenzuschließen. Die Versammlung spricht allen denen, die für die von den Unternehmern bedrohten Rechte der kaufmännischen und technischen Angestellten eingetreten sind, insbesondere der Presse für ihre tatkräftige Unterstützung den besten Dank aus“.

§ Freiburg i. Schl.

In unserer letzten Ortsverbandesversammlung stand als erster Punkt ein Vortrag des Kollegen Karl Müller-Breslau auf der Tagesordnung über: „Die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer“. In klar verständlicher Weise erzielte sich Redner seiner Aufgabe. Seine Ausführungen bewiesen deutlich, daß die Arbeitskammer die beste Vertretung der Arbeitnehmer sei. Sodann erstattete Kollege Mayer den Bericht von der Bghltskonferenz in Breslau. Unter Verschiedenem gab Kollege Schürpe bekannt, daß er die Absicht habe, einen Handwerkerklub zu eröffnen, und bat um rege Beteiligung an demselben. Auch wurde die Gründung eines Diebstahlklubs besprochen. Kollege Kramer wünscht, daß wir bei dem Magistrat darauf dringen, daß bei der bevorstehenden Gewerbegerichts Wahl das Verhältniswahlsystem eingeführt wird. Auch wurde bekannt gegeben, daß der Ortsverein der Töpfer u. v. Beauftragte wieder dem Ortsverbande angeloschlossen habe, was freudig begrüßt wurde. Ebenfalls dem Verbands begetreten ist der neugegründete Ortsverein der Leinwandarbeiter. Möge derselbe weiter blühen und gedeihen. Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Verbands-Teil.

• Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf die in Nr. 97 des „Gewerksvereins“ v. 3. veröffentlichte Bekanntmachung an die Herren Ortsvereinsleiter der 16 Städte Bayerns, welche für die Erhebungen zur Arbeitsmarktsstatistik in Frage kommen, möchte ich diejenigen Kollegen, welche die ihnen von mir zugestellte Zählkarte noch nicht zurückgeschickt haben, nochmals freundlichst ersuchen, das Verfümte spätestens bis Montag, den 11. d. Mts., nachzuholen.

Da es nicht nur im Interesse der Organisationen, sondern der gesamten Arbeiterchaft liegt, dem Statistischen Bureau möglichst genaues und vollständiges Material zur Verfügung zu stellen, so ist es unbedingt not-

wenig, daß ich das selbe von den einzelnen Ortsvereinen auch erhalte. In Anbetracht dessen erwarte ich bestimmt, daß mir bis zu oben angegebenem Termin die noch fehlenden Karten zugesandt werden.

Mit Gewerkeinspruch

Friedrich Grüling, Arbeitersekretär, Nürnberg.

Ber sam l un g e n.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (D. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223 Mittwoch, 13. Januar. Vortrag des Kollegen Reuß über: „Krisenhorizont“. Gäste willkommen. — **Gewerkeinspruch-Liedertafel (G. L.).** Jeder zweite Sonntag, abends 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Parkhotel, v. d. Reuther-Str. 10. — **Distriktsklub des Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Am Mittwoch, 13. Januar, abends 8 Uhr b. Junke, Trifflstr. 63, Berammlung. L. D.: 1. Protokoll. 2. Ein Unterstufungsgefuß. 3. Monatsbericht pro Dezember 1908. 4. Jahresberichte des Kassierers und Sekretärs. 5. Neuwahl des Sekretärs. 6. Beschlußfassung über den Antrag: „Die Verlegung der Berammlungen auf Sonnabend“.

Leipzig. Deutsche Handelskasselerbeiter-Vereinigung. Die Berammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Eißenerstr. 11. — **Spanbau. Distriktsklub der Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Jeden Donnerstag, pünktlich abends 8-10 Uhr, Sitzung in der „Palme“, Ritterstr. 12. Gäste milt. — **Brandenburg (Bezirksverband der Fabrik- und Handarbeiter).** Sonntag, 10. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, Dritte ordentliche Generalversammlung im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Vertreter aus allen Ortsvereinen sind hierzu eingeladen.

Clubs und Regionalverbände.

Ferne (Ortsverband). Jeder 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wis. & Calle-Attler, Fischstr. 10. — **Kachen (Distriktsklub).** Jeder 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Reuther, Ecke Hausmannplatz u. Jähnerstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeder Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr, im Hüttmanns Hotel, Köpferstr., Diskussionsabend. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regel mäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weber gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. S. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. Umg. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. 10. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eltergasstr. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstr. — **Leipzig (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsstunde bei P. Eisenburger, Bankeimerstr. — **Wahlheim a. Nahe (Ortsverband).** Sonntag, 10. Januar, nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Müller, Sanktstraße 38. L. D.: Aufschußwahl. Vertreter sichtigung fällt aus. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Bertr. 120. — **Leipzig (Gewerkeinspruch-Liedertafel).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Löhnscheid (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsstunde im Lokale des Herrn Heinger. — **Köln (Ortsverb.).** Sonntag, 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im großen Wirtshaus 17. Volksunterhaltungsabend. Solifenabend unter Mitwirkung der hervorragendsten Künstler. — **Halle (Ortsverband).** Sonntag, 17. Januar, nachm. 2 Uhr, in der Passage Vertreter sichtigung und nachm. 4 Uhr ebenda Ortsverbandversammlung.

*** Adressen der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine.**

Nachstehend geben wir die uns bisher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. bekannt. Als Arbeitersekretariate gelten Materialteilungsstellen mit einem eigens angestellten Beamten und mit idealen Sprechstunden während des ganzen Tages. Rechtsauskunftsstellen sind nebenamtlich verlebene Auskunftsstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Agitationsbeamten der einzelnen Gewerksvereine versehen.

Auskunftsbureaus sind Auskunftsstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit versehen werden. Wo die Angaben unvollständig sind, oder wo außer den Genannten noch Arbeitersekretariate usw. bestehen, bitten wir uns das noch mitzuteilen.

Table with 4 columns: Stadt, Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Kachen, Düsseldorf, Duisburg, Magdeburg, Nürnberg, Saarbrücken.

Table with 4 columns: Stadt, Zur Benutzung für, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Augsburg, Berlin, Breslau, Danzig, Dresden, Dortmund, Eisenfeld, Eising, Essen, Gelsenkirchen, Gleiwitz, Görtitz, Hagen, Halle a. d. S., H. Gladbach, Kattowitz, Köln, Leipzig, Mannheim, Siegen.

Table with 4 columns: Ort, Errichtet für, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Bitterfeld, Chemnitz, Döbeln, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Krefeld, Leipzig, Pommern, Spremberg, Sprottau, Striegau, Waldenburg, Weizsäcker.

Von einer ganzen Reihe Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus fehlen noch immer die Angaben über die Zeit der Sprechstunden. Es wird dringend um baldige Ausfüllung der Lücken gebeten.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. * Ausnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Versichertes Begräbnisgeld: 50 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Eintrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Kugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. s. schönsten und billigsten bei Th. Berkop, Oppeln.
Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Complets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 hg.
Barth (Ortsverband). Durchreisf. Gewerkeinspruchkollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Herrm. Süchtle, Barthstr. 672. Arbeitsnachweis daselbst.
Weizsäcker (Ortsverband). Durchreisende arbeiteloze Kollegen erhalten Unterstufungsarten bei Ernst Fischer, Leipzigerstr. 28, Schuhmacher u. Lederarbeiter bei Herrmann Koch, Georgenberg 1.

Der Gewerkverein Jahrgang 1907
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einendung des Betrages
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer **R. Klein,** Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkeinspruchkollegen erhalten beim Genossen R a u m e r e r, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten
Zena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstufung bei Carl Müller, Greifswalderstr. 2, Ecke Oberlaugasse.